

eigentümlich frei

05. November 2016

Familienbericht der Robert-Bosch-Stiftung von 2005

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Die zivilisatorische und familienpolitische Bilanz einer kinder-, bindungs- und bildungslosen Kanzlerin

von Roland Woldag



Bildquelle: [Bundesarchiv, Bild 183-87238-0002 / CC-BY-SA 3.0/Wikimedia Commons](#)

Früher Alterssicherung, heute Hobby: Kinder

Jetzt, am Ende des Jahres 2016, kocht die Rentendiskussion wieder hoch, und wie nicht anders zu erwarten war, zeichnet sie sich durch die strikte Verweigerung einer Sachdiskussion über die Ursachen der demographischen Verwerfungen aus. Das ist naheliegend, sind doch Politik und Massenmedien fest in der Hand des linksgrünveganvergengernten Milieus überwiegend kinderloser Hedonisten, angeführt von einer kinderlosen Kanzlerin, die in einzigartiger Weise mit der Zivilisation und dem Rechtssystem Deutschlands hadert.

„Vor 20 Jahren wurden die Warnungen der Demographen nicht ernst genommen. Heute haben Politik, Wirtschaft und Medien das Thema besetzt, aber es fehlen umfassende Konzepte und Lösungsansätze, die den unausweichlichen demographischen Wandel abfedern. Die Schrumpfung unserer Gesellschaft bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung schafft Verwerfungen, deren Ausmaß noch kaum vorstellbar ist, denn die demographischen Entwicklungen in vielen Industrieländern sind historisch ohne Beispiel und in Deutschland mit einer stetig

sinkenden Geburtenrate von gegenwärtig 1,31 Kindern pro Frau von besonderer Dramatik.“ (S. 6, Seitenzahlen nach PDF-Angabe.)

So konnte man es noch im Jahr der Machtergreifung der Kanzlerin im Vorwort des Familienberichts 2005 der Robert-Bosch-Stiftung lesen, deren Autoren Kurt Biedenkopf, Hans Bertram, Margot Käßmann, Paul Kirchhof, Elisabeth Niejahr, Hans-Werner Sinn und Frans Willekens waren.

Die Erkenntnisse des Berichts, der ursprünglich als familienpolitische Leitlinie der Merkelschen Bundesregierung gedacht war, sind heute jedoch so unfassbar weit von der unter der Kanzlerin dann tatsächlich verfolgten Antifamilienpolitik entfernt, dass man sich schon wundern muss, warum dieses „rückwärtsgewandte“ Dokument nicht bereits den Säuberungen des Internets zum Opfer gefallen ist. Laden Sie sich den Familienbericht noch herunter, bevor die inoffiziellen Mitarbeiter der Maasi die Bosch-Stiftung so unter Druck gesetzt haben, dass diese ihre Courage verliert.

Sämtliche hier aufgeführten Zitate stammen aus diesem Bericht:

„Familien wachsen, wo Menschen Vertrauen in die eigene Zukunft besitzen und die persönliche und gesellschaftliche Umgebung Familien und Kindern mit Wertschätzung begegnet. Im kinderentwöhnten Deutschland muss es uns gelingen, dieses Vertrauen und diese Wertschätzung wiederherzustellen.“ (S.6)

Das ist nicht nur gründlich missglückt, sondern vom linken Establishment regelrecht ins Gegenteil verkehrt worden. Die Familie steht wie das Volk, die Tradition und die christliche Religion traditionell auf der Abschussliste der linken Globalisierer, von denen einer der herausragenden Protagonisten eben diese linke Blockparteienregierung ist. Unter Merkel ist die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Frauen zum dominanten, wenn nicht einzigen Thema der Familienpolitik geworden. Vereinbarkeit von Kind und Karriere, Krippe, Ganztagschule, Frauenquote – stets geht es um die berufstätige Frau, nicht um die Familie. Die Grenze zwischen bürgerlicher und linker Familienpolitik ist von Merkel aufgelöst worden. Das Elterngeldprojekt der CSU für diejenigen, die ihre ein- und zweijährigen Kinder nicht in eine staatliche Einrichtung geben, wurde noch nach dessen Einführung durch ein Bündnis von Kanzlerpartei und Linken abgewürgt. Die CDU hatte kein Problem damit, dabei die CSU als rückwärtsgewandt abzukanzeln. Eine Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung forderte stattdessen, Familienpolitik sollte besser stringent und mit dem weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ein einheitliches (!), modernes Leitbild (!) fördern.

In die gleiche Kerbe hauen auch die von der Bundesregierung beauftragten Ökonomen. Denen ist insbesondere das Ehegattensplitting ein Dorn im Auge, sowie die beitragsfreie Mitversicherung nicht berufstätiger Ehepartner, die „als Hindernisse für zeitgemäßes Familienleben“ einer Erwerbstätigkeit von Müttern entgegenstünden.

Eine finanzielle Förderung des Kinderkriegens begrüßen vor allem diejenigen freudig, die davon leben, ihre Bedürftigkeit in Ansprüche zu wandeln, oder die orientalischen Immigranten, deren mitgebrachter Kodex die hiesige Gehirnwäsche noch nicht erreicht hat.

Familienpolitik hat unter Merkel nicht stattgefunden. Stattdessen wurden wir all die Merkeljahre mit schamlos-aufdringlicher Propaganda für die Aufwertung kinderloser, sexueller Randgruppen behelligt – eine antizivilisatorische Grenzüberschreitung gegen die bürgerliche Gesellschaft ohne historisches Gleichnis.

Kinderlosigkeit entsteht heute aus einer allgemeinen Orientierungslosigkeit. Den Menschen wurde gründlich der Kopf verdreht. Handy, Auto, Haus, Karriere, gesellschaftliche Position, die Anzahl der Likes und eine vermeintliche Selbstbestimmung – alles dem Materiellen und Weltlichen zugewandte Dinge – haben heute einen viel höheren Stellenwert als eine echte Erfüllung, die in der Familie, im Tätigsein oder auch im Glauben gefunden werden kann. Hier müsste man also ansetzen.

„Im Koalitionsvertrag der Koalition aus CDU/CSU/SPD vom November 2005 wird gefordert, dass Politik geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen hat, damit junge Menschen sich für Kinder und Familie entscheiden können, und formuliert: ‚Wir wollen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft. Wir wollen deutlich machen, ohne Kinder hat Deutschland keine Zukunft.‘“ (S.7)

Das war vor gerade einmal elf Jahren und zeigt, was von Koalitionsverträgen der großen Volksverräterparteien zu halten ist. Auch die erste Legislaturperiode 2005 bis 2009 regierte eine große Koalition. Wer erinnert sich noch daran?

„Nur ein Volk, das auf die Stimmen seiner Ahnen hört und die Rechte seiner Nachkommen achtet, hat eine Zukunft. Kinder sind in diesem Sinne die Zukunft unseres Landes. Dass sie geboren werden, in der Fürsorge der Eltern und ihrer Umwelt aufwachsen, sich angemessen auf ihr eigenes Erwachsenenleben vorbereiten und so Verantwortung in der Zukunft übernehmen können: Dafür zu sorgen ist die wichtigste Aufgabe eines Landes, das eine Zukunft will.“ (S.8)

„Ein Volk, das auf die Stimmen seiner Ahnen hört...“ So etwas skandiert doch nur das rechtspopulistische Pack, nicht wahr, Herr Gabriel?

„Die Kommission ist jedoch der Ansicht, dass den entstandenen und weiter entstehenden demographischen Defiziten durch Zuwanderung, wenn überhaupt, dann nur in engen Grenzen abgeholfen werden kann.“ (S.11)

Heute wird Deutschland rechtswidrig, absichtsvoll und über die Köpfe des Souveräns hinweg mit dem muslimischen Prekariat Afrikas und Asiens geflutet, was Probleme und Kosten in unabsehbarem Ausmaß verursacht. Es ist die Migrationswaffe der globalistischen Eliten zur Durchsetzung ihrer geostrategischen Agenda, deren Kollaborateur das linke Merkelregime ist.

„Die eigentliche Rechtfertigung unserer Familienpolitik leitet sich nicht aus demographischen Notwendigkeiten ab, sondern aus Grundsätzen der Gerechtigkeit und aus dem Verfassungsauftrag des Artikels 6 GG, welcher Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt. Dieser Schutzauftrag verpflichtet den Staat, in seiner Rechtsordnung das Institut der Ehe und Familie bereitzustellen, beide zu achten und zu schützen, durch geeignete Maßnahmen zu fördern und vor Beeinträchtigungen und Belastungen zu bewahren.“ (S.13)

Dieser Schutz ist in den Merkeljahren systematisch durch die Relativierung der natürlichen Ehe zwischen Mann und Frau und die Ausdehnung dieser auf Homosexuelle ausgehöhlt worden. Selbst die Staatskirchen haben sich dem unterworfen. Es ist einfach unfassbar, wie die Grundlagen der europäischen Kultur in so kurzer Zeit zertrümmert werden konnten. Da muss man schon 80 Jahre zurückschauen, um Vergleichbares zu finden. Die Parteiendemokratie hat keine funktionierenden Mechanismen zur Abwehr der Aushöhlung ihrer bürgerlichen Grundlagen, damals nicht und heute nicht. Sie wird immer wieder von Sozialisten

übernommen. Abhilfe schüfe nur ein konsequent angewendetes Sozialistengesetz mit Verfassungsrang.

„Im Kern besteht das Problem darin, dass das Steuer- und Sozialsystem, insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung, mögliche Erträge des Aufziehens der Kinder in großem Umfang sozialisiert und ohne die Berücksichtigung der individuellen Übernahme von Kinderkosten an alle Angehörigen der jeweiligen Elterngeneration weiterleitet. Eltern verlieren daher bei ihren Entscheidungen über ihre Kinderzahl den Effekt eines zusätzlichen Kindes für ihre Altersversorgung aus den Augen und wählen eine geringere Kinderzahl. Die Sozialisierung des ‚Kindernutzens‘ erzeugt im Ergebnis die Illusion, das eigene Alter sei dank der kollektiven Sicherungssysteme auch ohne eigene Kinder gesichert. Diese Illusion ist inzwischen zum allgemeinen politischen Besitzstand geworden. Dies erklärt nicht nur den Widerstand, der gegen jede Veränderung des bestehenden Systems geleistet wird. Es erklärt auch das wachsende Gefühl der Ausbeutung derjenigen, die einen Teilabschnitt ihres Arbeitslebens der Erziehung ihrer Kinder widmen, zu diesem Zweck auf eine Vollzeitätigkeit verzichten, stattdessen unbezahlte Familienarbeit leisten und aus diesen Gründen vom geltenden Rentensystem auf eine Altersrente verwiesen werden, die in mittlerer bis fernerer Zukunft regelmäßig unter dem gegenwärtigen Niveau der Sozialhilfe liegen wird. Die Aussicht, auf diese Weise für eine Arbeit ‚bestraft‘ zu werden, die zwar nicht besonders angesehen, für die Zukunft des Landes und seine soziale Ordnung aber unverzichtbar ist, wird die ohnehin vorhandene Neigung zusätzlich verstärken, auf Kinder weitgehend zu verzichten.“ (S.14)

Diesem Zustand ist nicht nur nicht abgeholfen worden, sondern er ist durch eine völlig entgegengesetzte Prioritätensetzung durch die Bundesregierung noch verschärft worden.

„Noch ist offen, ob hierzulande demographisch bedingte materielle Konflikte zwischen Eltern und Kinderlosen, Jungen und Alten, Einheimischen und Zuwanderern eskalieren werden oder ob sich einvernehmliche Lösungen finden lassen.“ (S.27)

Nun haben wir, nicht etwa bedingt durch das Versagen der Politik, sondern durch das Bündnis zwischen Islamisten und Sozialisten zur Zersetzung der bürgerlichen Zivilisation, die mutwillige Verschärfung dieser Konflikte und deren Eskalation direkt vor Augen. Das Aufbringen der Generationen gegeneinander ist schon seit längerem Teil des zerstörerischen Gesamtkonzepts, zuletzt zu sehen in den vom „Spiegel“ abgedruckten aufgebracht Stimmen junger Leute zum Brexit, die da forderten, den Alten das Stimmrecht zu entziehen.

Im Kapitel „Familienpolitik als Zukunftspolitik“ ab S.62 werden die Ursachen der linksstaatlichen Plünderung von Familien, sowie die völlige Entfremdung des linken Zeitgeistes von der Natürlichkeit einer Welt mit Kindern thematisiert:

„Wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Gesellschaft und hohe Arbeitslosigkeit sind Themen, die jeder auf sich selbst beziehen kann, während die Investition in Kinder als privates Vergnügen einiger allenfalls dann Bedeutung bekommt, wenn es um die Sicherung der eigenen Rente geht. Diese Sicht auf Kinder als ‚private Güter‘ wird auch von manchen Wirtschaftstheoretikern geteilt, die theoretisch Kinder genauso behandeln wie beispielsweise ein Auto oder Häuser.“

„Vielmehr sehen die öffentlichen und teilweise auch die wissenschaftlichen Debatten Familien und Kinder als privates Vergnügen, als überforderte Eltern und als antiquierte Lebensform. Wenn in Deutschland heute unter den 40- bis 44-jährigen Männern 40 Prozent der Wirtschaftswissenschaftler, Ärzte und Sozialarbeiter kinderlos sind und die Publizisten sogar zu 67 Prozent, wird verständlich, dass Familie und Kinder allenfalls dann von Interesse sind, wenn von ihnen etwa durch zukünftige Rentenbeitragszahler ökonomischer Gewinn zu erwarten ist.“ (S.64)

Das Kapitel: „Gesellschaftlicher Stellenwert und Schutz der Familie“ ab Seite 80 ist das Glanzlicht der Studie. Ich hätte es hier in Gänze einkopieren mögen, so eindringlich verdeutlicht es den Kulturverfall der politischen Klasse, die heute höchstwahrscheinlich außerstande ist, den dargestellten verfassungsrechtlichen Sachverhalt überhaupt noch zu erfassen. Ich habe mich auf die Kernpassagen beschränkt, aber es ist immer noch eine Menge Text, der nun vor Ihnen liegt. Sie können das nun überfliegen und dann im Original lesen, wenn es Sie interessiert, oder hier bleiben, wenn Sie es eilig haben. Es lohnt sich.

Leider sind die Kapitel nicht nach den Autoren aufgeschlüsselt, ich vermute aber, dass dieses Kapitel von Prof. Kirchhof ist.

Hier schreibt er beherzt gegen den Werterelativismus an:

„Dieser Gegenwartsbefund von Kinderarmut und Wirtschaftsreichtum macht es notwendig, dass Staat und Gesellschaft Recht und Reichtum einsetzen, um die Rahmenbedingungen für die Familien so zu gestalten, dass der Wille zu Kindern und die Bereitschaft zu deren Erziehung auch tatsächlich verwirklicht werden kann. Staat und Gesellschaft sichern ihre Zukunft in einer freiheitsfähigen Jugend.“

Gesellschaftliche Fehlentwicklung, nicht Wertewandel

„Gegenwärtig allerdings scheint sich eine gegenläufige Entwicklung der Zukunftsvergessenheit und Selbstaufgabe anzubahnen. Wenn wir einen Trend zu immer weniger Geburten, einer sich verringernden Leistungsfähigkeit unserer Kinder, weniger Eheschließungen und wachsenden Scheidungsraten beobachten, sollte diese Entwicklung Anlass zur Gegenwehr bieten, sie führt aber nicht selten auch zu dem normativen Irrtum, einen Trend zum Wertewandel zu erklären. Die Fehlentwicklung wird mit einem entsprechenden Wandel der Werte gleichgesetzt, damit der Maßstab für richtig oder falsch, für gut oder schlecht aufgegeben und sich so eine kritische Würdigung unserer Gegenwart, ihrer Ursachen und der Verantwortlichen erübrigt. Diese Gleichsetzung von Fehlentwicklung und Wertewandel ist genauso töricht wie etwa die Behauptung, wegen der täglichen Verkehrstoten in Deutschland sei der Schutz des Lebens als ein Grundsatzwert unserer Verfassung aufgegeben worden. Wenn Werte verletzt werden, müssen die Anstrengungen zur Beachtung der Werte gesteigert, nicht aber die Werte in Frage gestellt werden.“ (S.80)

Der Verfassungsauftrag zum Schutz der Ehe und der Familie

„Der freiheitliche Staat gibt seine Zukunft in die Hand der Familie. Die Entscheidung zum Kind und die Erziehung des Kindes liegt in der Verantwortung der Eltern. Die elterliche Erziehung gewährleistet, dass die Kinder hinreichend Selbstbewusstsein, Urteilskraft und Disziplin entwickeln, um in einer freiheitlichen Ordnung leben zu können, aber auch hinreichend Bürgerstolz und Gemeinsinn mitbringen, um als Bürger den demokratischen Staat mitzutragen. Die freiheitliche Verfassung ist darauf angelegt, dass die Eltern ihren Kindern in mitmenschlicher Begegnung und Naturerfahrung, im Zugang zu Kunst, Wissenschaft und Religion, in der Vermittlung

von ökonomischem und technischem Grundwissen eine gefestigte Lebenssicht und einen orientierenden Lebenssinn erschließen. Der auf eine freiheitsfähige Jugend angewiesene Rechtsstaat baut somit auf die im Menschen angelegte Bereitschaft, Ehen zu gründen, sich Kinder zu wünschen und diese in der Geborgenheit familiärer Zuwendung zu erziehen. Das Grundgesetz stellt deshalb die Lebensgemeinschaft von Ehe und Familie unter den ‚besonderen Schutz der staatlichen Ordnung‘ (Artikel 6 Absatz 1 GG). Dieser Schutzauftrag verpflichtet den Staat, in seiner Rechtsordnung das Institut der Ehe und Familie bereitzustellen, diese Personengemeinschaften als Keimzellen jeder staatlichen Gemeinschaft zu achten und zu schützen und die Ehe und Familie durch geeignete Maßnahmen zu fördern sowie vor Beeinträchtigungen und Belastungen zu bewahren. Dabei ist Ehe die frei vereinbarte, durch die Rechtsgemeinschaft anerkannte, auf Dauer angelegte Verbindung von Mann und Frau zur umfassenden Lebensgemeinschaft. Sie begründet eine gleichberechtigte Partnerschaft, gegenseitige staatsfreie Privatheit und eine grundsätzlich auf Lebenszeit angelegte persönliche Verbundenheit. Die Ehe ist als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau die, wie das Bundesverfassungsgericht sagt, ‚alleinige Grundlage einer vollständigen Familiengemeinschaft‘ und ‚Voraussetzung für die bestmögliche körperliche, geistige und seelische Entwicklung von Kindern‘. Die Verfassung ist also auf das Rechtsinstitut der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau angelegt, um die jungen Menschen in die Gemeinschaft einer potentiellen Elternschaft zu führen und so die eigene Zukunft zu sichern.“ (S.81)

Vernachlässigung der Erziehungsleistung im Generationenvertrag

„Bei dieser Trennung von Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit hat die familiäre Erziehung nur noch den wirtschaftlichen Wert, dass die Eltern bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Notfällen einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Kinder gewinnen, also durch ihre Kinder soziale Sicherheit erfahren. Auch dieser wirtschaftliche Wert der Erziehungsleistung ist aber im Generationenvertrag der öffentlichen Sozialversicherung kollektiviert, von der familiären Erziehungsleistung gelöst und sogar gegenüber der Beitragsleistung als geringwertigerer Beitrag im Generationenvertrag herabgewürdigt worden. Dadurch wird die sozialstaatliche Errungenschaft der öffentlichen Sozialversicherung, die auch den Kinderlosen wirtschaftliche Sicherheit im Krisenfall bietet, zu einem rechtsstaatlichen Skandalon: Die alleinigen Träger dieses Generationenvertrages, die Eltern und in erster Linie die Mütter, sind in diesem ‚Vertrag‘ nicht oder kaum aus eigenem Recht beteiligt. Hier fordert der Verfassungsauftrag des Familienschutzes und der Gleichberechtigung von Mann und Frau strukturelle Veränderungen. Wenn das Familienrecht den Unterhaltsanspruch der Eltern gegen die Kinder weiterhin anerkennt, das Sozialversicherungsrecht die Kinder jedoch vorrangig verpflichtet, die Erwerbstätigen und nicht die Erziehenden zu finanzieren, so kehrt sich der verfassungsrechtliche Gedanke der familiären Unterhaltsgemeinschaft in sein Gegenteil: Im alltäglichen Normalfall muss das Ehepaar mit Kindern zur Erfüllung des Erziehungsauftrags auf die Erwerbstätigkeit eines Elternteils, damit auf dessen Einkommen und Rentenanspruch verzichten, hat dafür aber die Aufwendungen für Kinder zu tragen, während ein Paar ohne Kinder über zwei Einkommen, zwei Rentenansprüche und deren Kumulation im Hinterbliebenenfall verfügt. Der Staat organisiert die sozialstaatliche Errungenschaft einer Sicherung in Alter und Krise für alle – auch die kinderlosen – Erwerbstätigen, zwingt aber die Kinder, die eigenen Eltern, die ihnen Erziehungsleistung und Erziehungsaufwand zugewandt haben, leer ausgehen zu lassen. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zu den ‚Trümmerfrauen‘

festgestellt, die gesetzgeberische Entscheidung, ‚dass die Kindererziehung als Privatsache, die Alterssicherung dagegen als gesellschaftliche Aufgabe gilt‘, benachteilige die Familie, ohne dass es dafür ‚angesichts der Förderungspflicht aus Artikel 6 Absatz 1 GG einen zureichenden Grund gebe‘.“ (S.82)

Weitere Förderung der Familie durch die Rechtsordnung

„Hat der Staat den rechtlichen Rahmen für die Freiheit zu Ehe und Familie gesichert und störende Einwirkungen auf die familiäre Gemeinschaft abgewehrt, so genügt er dem Schutzauftrag des Artikel 6 GG nur, wenn er darüber hinaus die Familie auch festigt und fördert. Es gehört zu den traditionellen Einsichten der allgemeinen Lehren vom Staat, dass die individuelle Vernunftfähigkeit sich unter dem Einfluss von bestimmten ‚Institutionen der Sittlichkeit‘ entfaltet, deren erste die Familie ist (Hegel). Der Zusammenhalt des Staates wird zerstört, wenn die Sicherungsfunktion der Familie entbehrlich erscheint: Ohne Familie gibt es keine wirksame Erziehung, ohne Erziehung keine Persönlichkeit, ohne Persönlichkeit keine Freiheit (Montesquieu). Auch das Grundgesetz geht davon aus, dass das Kind anfangs in Distanz zum Staat, im Umfeld und unter Aufsicht der sich ihm lebenslänglich zuwendenden Eltern, im Rahmen von deren Mitverantwortlichkeit zu einem Staatsbürger heranwächst, der die ihm angebotenen Freiheiten umfassend wahrnehmen kann und der als Teil des Staatsvolkes zum Garanten für den Bestand der Verfassungsordnung werden soll. Deshalb stellt die Verfassung die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ (S.84)

Bei solchen Passagen falle ich andächtig auf die Knie. Welchen zivilisatorischen Schutz bot vor Merkel unsere bürgerliche Rechtskultur!

„Das gegenwärtige Sozialsystem bietet einer 30-jährigen Frau mit einem Kind, die ohne Lebenspartner lebt und nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, staatliche Unterstützungsleistungen von rund 1.200 Euro pro Monat an, die eine verheiratete Mutter in der Regel nicht beanspruchen kann. Dadurch bietet das Sozialrecht einen Anreiz, eine Ehe zu vermeiden und damit auf die institutionelle Grundlage einer Lebens- und Erziehungsgemeinschaft zu verzichten. Eine solche staatliche Intervention gegen die Ehe ist mit dem verfassungsrechtlichen Schutz von Ehe und Familie unvereinbar.“ (S.85)

„Gäbe es die Ehen und Familien nicht, könnte der Rechtsstaat seine Freiheitlichkeit nicht bewahren, der Sozialstaat würde seine Leistungskraft überfordern. Ehe und Familie sind somit Bedingungen der Freiheitlichkeit.“ (S.86)

„Vielmehr müssen die Gewichtungen zwischen Erwerbs- und Familienauftrag wieder geradegerückt werden. Wachstum ist vor allem Kinderwachstum. Die Familie ist Auftrag und Bewährungsprobe zukünftiger Politik.“ (S.87)

Bewährungsprobe nicht bestanden, Frau Merkel.

Das Kapitel „Der gesellschaftliche Nutzen der Familie – Fiskalische Effekte von Kindern“ kommt vom ifo-Institut. Auch dieser Abschnitt gehört zum Kern des Familienberichts.

In der Tabelle „Die fiskalische Bilanz eines Kindes (Werte: Jahr 2000)“ auf S. 115 werden die durch einen Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen erwirtschafteten Staatsgewinne mit 299.000 Euro und die staatlichen Zuschusszahlungen an einen Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen mit 167.600 Euro ausgewiesen. Das Merkel-Regime und dessen Auftraggeber zwingen

aktuell das deutsche Volk zur Duldung und Finanzierung von Millionen unqualifizierter Einwanderer, die in Zukunft überwiegend unterdurchschnittliche Einkommen erwirtschaften, sechsstelligen Zuschüsse in Anspruch nehmen und so das Gemeinwesen überfordern werden.

Diese Überforderung durch Fremde potenziert sich dann mit den Konsequenzen der Zeugungsfaulheit der Deutschen:

„Deutschland ist das Land, das die Rentenversicherung erfunden hat. Kein Wunder, dass es Schlusslicht bei den Geburtenraten ist. Bevor Bismarck die Rentenversicherung einführte, war jedem klar, dass er Kinder brauchte, um im Alter auskömmlich leben zu können. Nach Bismarck sah man, dass man auch ohne Kinder im Alter zurechtkam. Solange die Nachbarn noch Kinder hatten, ließ sich ein Leben, bei dem Kinder nicht eingeplant waren, in wirtschaftlicher Hinsicht zufriedenstellend führen.“

Und nun folgt ein Satz von der Statur eines Denkmals:

„Von Generation zu Generation hat sich die Zahl derer, die den zunächst eher zufälligen und ungewollten Zustand der Kinderlosigkeit nachahmen, vergrößert, und heute ist das Land an einem Punkt angekommen, an dem die ökonomische Unmöglichkeit einer solchen Lebensplanung die Schwelle zur politischen Erkenntnis überschreitet.“ (S.106)

Das Merkel-Regime hat auf diese politische Erkenntnis in zivilisationsbrechender Weise durch die endlos und penetrant durch die Staatsmedien beworbene Förderung „moderner“ kinderloser und homosexueller Lebensweisen, Gender Mainstreaming, Frühsexualisierung in Bildungsplänen unter dem Euphemismus „Offenheit und Vielfalt“ und die Zerstörung des natürlichen Familienbildes reagiert. Es hat Mütter, analog zu allen sozialistischen Regimen der Vergangenheit, zum Wirtschaftssubjekt degradiert. Das Regime handelt in vernunftwidriger Weise gegen das Grundgesetz.

Man treibt uns durch dieses Tal hindurch, zur Umkehr ist es jetzt zu spät. Doch auch wenn es schmerzt, gerade die absurdesten Übertreibungen sind im großen Kontext zu begrüßen! Wenn sich der Zusammenbruch noch über 100 Jahre hinzieht, dann wird nichts mehr von uns übrig geblieben sein. Erleben wir diesen aber innerhalb der nächsten zehn Jahre, dann ist die Erinnerung vielleicht noch lebendig genug für einen kraftvollen, sich rückverwurzelnden Anfang. Statt „Merkel muss weg“ sollten die Leute besser „Gib Gas, Heiko Maas“ skandieren.

Familienbericht der Robert-Bosch-Stiftung

http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/BuG_Familie_Studie_Kommissionsbericht_Bericht.pdf